



**AKIO TOYODA**  
**Der Chef des Autobauers Toyota muss vor dem US-Kongress Rede und Antwort stehen.** Seite 13

# MARKT

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

## Wettbewerb

### Google unter der Lupe der EU

ddp. Die EU-Kommission prüft mehrere Beschwerden gegen den Internet-Riesen Google. Ein Wettbewerbsverfahren sei bislang zwar nicht eingeleitet worden, die Kommission gehe den Vorwürfen aber nach, sagte Sprecherin Amelia Torres am Mittwoch in Brüssel. Wie Google selbst auf seiner Website mitteilte, wurden die Beschwerden von der Microsoft-Tochter Ciao, der französischen Rechtsdatenbank ejustice.fr und der britischen Preisvergleichs-Website Foundem eingereicht. Die Betreiber von ejustice.fr und Foundem werfen Google vor, die Suche nach diesen beiden Websites gezielt zu erschweren.

#### Microsoft hat Finger im Spiel

Die ebenfalls auf Produkt- und Preisvergleiche spezialisierte Website Ciao sei lange ein Werbepartner von Google gewesen, nach der Übernahme des Unternehmens durch Microsoft seien aber plötzlich Beschwerden über die Vertragsbedingungen aufgekommen, schrieb die Google-Rechtsexpertin Julia Holtz in einem Blog. Bereits im Januar hatte das Bundeskartellamt wegen einer Beschwerde von Ciao ein Bussgeldverfahren gegen Google eingeleitet.

## Red Bull

### Konsum nahm leicht zu

Der österreichische Energydrink-Hersteller Red Bull hat 2009 wegen der schwierigeren globalen Lage leichte Rückschläge eingefahren. In der Schweiz nahm der Absatz hingegen auf über 100 Millionen Dosen leicht zu, was einem Pro-Kopf-Konsum von 13 Dosen entspricht. Mit dem Zuwachs auf über 100 Millionen Dosen verlangsamte sich das Wachstum in der Schweiz leicht, meldet ein Sprecher des Schweizer Sitzes in Baar.

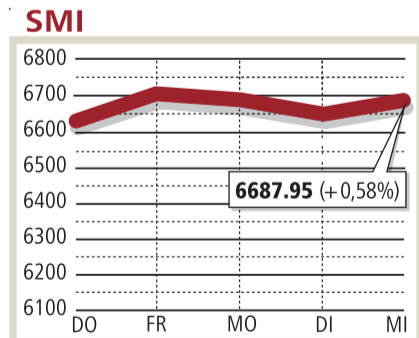
#### Umsatz ging etwas zurück

Red Bull Schweiz gibt den Umsatz nicht bekannt. Nach Erhebungen der Marktforscher von AC Nielsen war Red Bull bei den Schweizer Tankstellen der umsatzstärkste Markenartikel. Weltweit setzte Red Bull 3,9 Milliarden Dosen ab. Der globale Umsatz sank um 1,7 Prozent auf knapp 4,8 Milliarden Franken.

## HEUTE

### Wirtschaft: Fastweb

Die Swisscom-Tochter ist im Visier der italienischen Justiz. Seite 13



### AKTIEN DES TAGES

Symbol	Kurs	Änderung
CI COM PR	9.18	+18,30%
NEW	5.40	+10,20%
BASILEA	77.00	+9,07%
MICRONAS	4.37	+8,98%
COS	6.98	+7,22%
LIFEWATCH	18.20	-7,38%
MINDSET	2.01	-7,37%
INFICON HLDG	134.00	-5,63%
COMET	137.00	-5,52%
CONZZETA	1'700.0	-4,39%
DOLLAR in Fr.	1.0788	-0,44%
Devisenmittelkurs		
EURO in Fr.	1.4638	-0,03%
GOLD Fr. pro kg	38'144	-0,92%

## Axel Berg, deutscher Botschafter in der Schweiz

# «Sich foppen gehört dazu»



Der deutsche Botschafter Axel Berg referiert an einer Veranstaltung des Swiss German Club im Business-Center D4 in Root.

BILD NADIA SCHARLI

**Die Aussenpolitik werde zunehmend durch Interessen bestimmt, sagt der deutsche Botschafter. Unterschiedliche Auffassungen gehörten ganz einfach dazu.**

VON UELI KNEUBÜHLER

«Nachbarn haben halt manchmal unterschiedliche Auffassungen. Das ist innerhalb der Europäischen Union nicht anders.» Der deutsche Botschafter in der Schweiz, Axel Berg, mochte gestern Abend die derzeitigen Misstöne zwischen der Schweiz und Deutschland nicht überinterpretieren. Das Verhältnis der beiden Staaten sei nach wie vor ausgezeichnet, sagte er am Rande einer Veranstaltung des Swiss German Club der Region Zentralschweiz. Doch im Alltag machen Deutsche in der Schweiz auch andere Erfahrungen, das gilt vor allem beim Fussball. «Für Deutsche in der Schweiz gilt ein emotionales Ver-

mummungsverbot», schilderte Peer Teuwsen, Schweiz-Korrespondent der deutschen Zeitung «Die Zeit», seine Erfahrungen und hatte damit die Lacher auf seiner Seite. «Wer steht schon dazu, dass er Bayern München die Daumen drückt?» Unter Freunden und Nachbarn foppe man sich doch zwischendurch, «das gehört dazu», stimmte Berg zu.

#### Hohe Erwartungen an Deutschland

Eine gewisse Veränderung in der Politik der bilateralen Beziehungen stellt Botschafter Berg aber doch fest. «Die Aussenpolitik wird etwas interessenorientierter geführt.» Da Deutschland in der Europäischen Union eine federführende Rolle einnimmt, «erwarten die anderen Mitgliedstaaten auch mehr von uns», erklärte Berg. Dass diese Führungsrolle dem nördlichen Nachbarn auch in der Thematik Bankgeheimnis zukomme, verneinte Berg allerdings. «Für Deutschland ist das ein Problem der nationalen Steuerpolitik, der Steuerehrlichkeit und der nationalen Steuergerechtigkeit.» Deutschland wolle erreichen, dass seine Steuerzahler

ihre Abgaben nach deutschem Recht bezahlen, «das ist unser Bestreben und nicht, anderen Ländern etwas vorzuschreiben». Auf die Frage, was er zum in der Schweiz oft geäusserten Vorwurf erwidere, wonach sich Deutschland mit dem Kauf der gestohlenen Daten-CD der Hohlerei schuldig mache, verwies Berg auf die offiziellen Stellungnahmen der deutschen Regierung.

#### Wichtige Wirtschaftspartner

Trotz aller kleinerer und grösserer Dissonanzen zählt die Schweiz für Deutschland zu den zehn wichtigsten Handelspartnern. Deutschland führte 2009 aus der Schweiz Waren, Güter und Dienstleistungen im Gegenwert von mehr als 40 Milliarden Franken ein und für mehr als 50 Milliarden Franken aus. Und auch die Zentralschweiz ist für deutsche Firmen und Privatpersonen kein weisser Fleck. «Die Zentralschweiz mit der Marke Luzern und dem Vierwaldstättersee ist in Deutschland ein Begriff. Sowohl im Tourismus wie auch im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.»

## EXPRESS

- Das deutsch-schweizerische Verhältnis sei ausgezeichnet.
- Deutschland wolle anderen Ländern nichts vorschreiben.

## SWISS GERMAN CLUB

### Wo sich die Nachbarn treffen

Im Swiss German Club treffen sich Deutsche und Schweizer aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden, Kultur und Sport regelmässig, um sich auszutauschen. Gestern lud der Club ins Business-Center D4 nach Root. Zu den Referenten zählten auch der Luzerner Regierungsrat Max Pfister, der Luzerner Wirtschaftsförderer Walter Stalder und Peer Teuwsen, Schweiz-Korrespondent der «Zeit». **ukn**

## Steuerstreit

# Die UBS trägt nur eine kleine Kostenlast

**Der Steuerstreit mit den USA kostete Millionen. Nur einen Bruchteil davon soll jetzt die Grossbank zahlen. Dies beschloss der Bundesrat.**

sda. Die UBS hat der Schweiz im Verlaufe des Steuerdisputes mit den USA grosse Kosten aufgebracht. Der Bundesrat will der Bank nun einen Teil davon in Rechnung stellen. Die UBS soll 1 Million Franken übernehmen. Weitere Zahlungen der UBS sind aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Wie die Bundeskanzlei gestern mitteilte, ergab eine Prüfung, dass für weitergehende Forderungen Rechtsgrundlagen fehlen.

Von einem «Witz» spricht CVP-Präsident Christophe Darbellay. «Unbefriedigend» ist die geringe Kostenbeteiligung auch für SVP-Präsident Toni Brunner. SP-Präsident Christian Levrat zeigte sich ebenfalls empört, dass der Bundesrat darauf verzichte, von der UBS die vollen Kosten zu verlangen. Einzig FDP-Chef Fulvio Pelli wollte die Entscheidung nicht kommentieren. Bislang sind der Eidgenossenschaft in

## AMTSHILFE

### Das Parlament hat das letzte Wort

Der Bundesrat unterbreitet das Amtshilfeabkommen mit den USA zur UBS-Steueraffäre nachträglich dem Parlament zur Genehmigung. Das Siebnergremium hat gestern das Justiz- und Polizeidepartement beauftragt, eine Vorlage vorzubereiten. Auf diese Weise wolle der Bundesrat die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz einhalten und den Rechts- und Souveränitätskonflikt mit den USA «definitiv beilegen», schreibt das Departement.

#### Keine Unterscheidung mehr

Die Genehmigung durch das Parlament soll das Abkommen rechtlich auf die gleiche Stufe stellen wie ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen. Damit könnte die Schweiz den USA im Fall UBS nicht nur bei Steuerbetrug, sondern auch bei schwerer Steuerhinterziehung Amtshilfe leisten. **sda**



Der Bankkonzern UBS verursachte der Schweizer Regierung hohe Kosten.

EQ

der UBS-Steueraffäre Kosten von 2,5 Millionen Franken entstanden. 1,5 Millionen stammen aus dem ersten Amtshilfeersuchen vom Juli 2008.

Der Rest geht auf die Vergleichsverhandlungen im US-Zivilverfahren vom letzten Jahr zurück. Die Juristen des Bundes kamen nun zum Schluss, dass der UBS diese Million in Rechnung gestellt werden kann. Der Bund stützt sich dabei auf die Allgemeine Gebührenverordnung vom 8. September 2004. Diese sieht vor, dass eine Gebühr bezahlen muss, wer eine Verfügung veranlasst oder eine Dienstleistung beansprucht.

#### Über 40 Millionen Kosten

Zwar sei es dem Bund bei der Unterstützung im US-Zivilverfahren in erster Linie um die Verfolgung rechtsstaatlicher Interessen gegangen. Die Leistungen seien jedoch im Interesse der UBS erfolgt. Deshalb sei die Forderung gerechtfertigt. Damit bleibt das Gros der Kosten am Bund hängen.

Das durch das Abkommen nötig gewordene Amtshilfeverfahren soll gemäss Schätzungen etwa 37 Millionen Franken kosten. Darin nicht enthalten sind 8,6 Millionen Franken, die für die zusätzlichen Richterstellen beim Bundesverwaltungsgericht anfallen.